

VERANTWORTUNG TEILEN, NICHT ABGEBEN

GRUSSWORT DER UNHCR-VERTRETERIN FÜR DEUTSCHLAND, KATHARINA LUMPP

Flüchtlingsrechte sind Menschenrechte: Das klingt selbstverständlich, tatsächlich aber wird darum gerungen. Wie mit Flüchtlingen umgegangen wird, ist eines der richtungsweisenden Themen unserer Zeit. Mit der großen Zahl der Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Gewalt, Verfolgung und Konflikten fliehen müssen, hat auch eine allgegenwärtige Politisierung des Flüchtlingsthemas stattgefunden. »Wir sind heute an einem wichtigen Scheideweg angelangt – mit Blick darauf, wie Flüchtlinge wahrgenommen werden und wie die Welt auf ihr Leid reagiert«, so UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi.

In Europa hat fehlende Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten eine Situation heraufbeschworen, die von vielen mit Überforderung gleichgesetzt wurde. Das Problem waren jedoch die fehlende Verantwortungsteilung und die mangelnde Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln.

Um gemeinsam Verantwortung für Menschen zu übernehmen, die vor Verfolgung und Krieg in Europa Zuflucht suchen, ist es aus Sicht des UNHCR notwendig, das Vertrauen in ein funktionierendes gemeinsames System wiederherzustellen. Dabei sollte das Hauptaugenmerk auf effizienten und fairen Asylverfahren und innereuropäischer Solidarität liegen. Problematisch sind aus Sicht von UNHCR Überlegungen, in der EU angekommene Schutzsuchende systematisch auf Schutzmöglichkeiten außerhalb der Mitgliedsstaaten zu verweisen. Angesichts der globalen Herausforderungen von Flucht und Vertreibung darf es nicht darum gehen, den Zugang zu Schutzmöglichkeiten einzuschränken.

Eine faire Verantwortungsteilung gerade auch mit Aufnahmeländern außerhalb Europas bedeutet neben gezielter Unterstützung dieser Länder und der aufnehmenden Gemeinschaften auch, eine angemessene Zahl schutzbedürftiger Menschen durch Resettlement und humanitäre Programme aufzunehmen. 360.000 Menschen haben im vergangenen Jahr den gefährlichen Weg über das Mittelmeer gewagt, um Schutz in Europa zu suchen. Das kleine Uganda hat im gleichen Zeitraum etwa eine halbe Million Flüchtlinge aus dem Südsudan aufgenommen. Nach wie vor befinden sich fünf Millionen syrische Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens.



© UNHCR/M. Rentsch

Im September 2016 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung für Flüchtlinge und Migranten verabschiedet. Unmissverständlich wird darin klargestellt, dass der Flüchtlingsschutz eine internationale Aufgabe ist. Es kann nicht einzelnen Staaten aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Konflikten überlassen bleiben, für den Flüchtlingsschutz Verantwortung zu übernehmen. Bis Ende nächsten Jahres soll ein Globaler Pakt für Flüchtlinge erarbeitet werden, der die internationale Verantwortungsteilung für den Flüchtlingsschutz in den Mittelpunkt stellt, vor allem mit Blick auf die Situation in Erstaufnahmeländern von Flüchtlingen.

Deutschland und Europa sind als maßgebliche Akteure der internationalen Gemeinschaft gefordert, sich den globalen Herausforderungen zu stellen. Die in New York ausdrücklich bestätigten Prinzipien des internationalen Flüchtlingsschutzes sehen die Teilung, nicht die Verlagerung der Verantwortung vor. Schutzsuchende dürfen deshalb nicht pauschal abgewiesen werden und die organisierte Aufnahme von Flüchtlingen aus Erstaufnahmestaaten muss stark ausgebaut werden. Dies gilt auch für die Unterstützung dieser Länder und Gemeinschaften. Das Verhalten Europas wird Maßstäbe setzen. Viel steht auf dem Spiel: Es geht um nichts weniger als die Zukunft des internationalen Flüchtlingsschutzes. <<

Katharina Lumpp
Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars
der Vereinten Nationen in Deutschland